

Hannover, den 15. 9. 1982

Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

1. Abgeordneter
Radloff
(SPD)

Beschäftigung von Schwerbehinderten

Nach dem 4. Sonderprogramm zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei Schwerbehinderten können Arbeitgeber Zuschüsse erhalten, die bestimmte Gruppen besonders betroffener Schwerbehinderter einstellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Schwerbehinderte sind in Niedersachsen aufgrund dieses 4. Sonderprogramms bis zum 30. Juni 1982 eingestellt worden, und sind alle Anträge von Arbeitgebern auf Gewährung von Zuschüssen berücksichtigt worden?
2. Welche obersten Landesbehörden hatten am 30. Juni 1982 die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtquote für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nicht erfüllt?
3. Beabsichtigt sie, weitere Schwerbehinderte einzustellen?

2. Abgeordneter
Neese
(SPD)

Wirtschaftliche Entwicklung des Seehafens Cuxhaven

Cuxhaven ist mit Hilfe des Landes in den 60er Jahren zum größten Fischereihafen der Bundesrepublik Deutschland ausgebaut worden. Der sich seit Mitte der 70er Jahre vollziehende Niedergang der deutschen Hochseefangflotte mußte daher diesen Hafen, die hier tätigen Arbeitnehmer und nicht zuletzt die Wirtschaftskraft der Stadt Cuxhaven hart treffen. Diese Situation ist dem Herrn Ministerpräsidenten bei seinem Besuch der Stadt Cuxhaven am 29. Mai 1980 vorgetragen worden. Der Ministerpräsident hat zum Abschluß seines Besuches die Notwendigkeit anerkannt, den Fischereistandort Cuxhaven zu erhalten und zugleich die Monostruktur Cuxhavens durch eine die Fischwirtschaft ergänzende und unabhängige Hafen- und Industrieentwicklung zu überwinden. Hierfür hat er die aktive Hilfe des Landes zugesagt. Um so mehr verwundert es deshalb, wenn der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vor dem Niedersächsischen Landtag am 22. Juni 1982 im Zu-

sammenhang mit der Nennung der niedersächsischen Hafenstädte, in denen die Schwerpunkte der Hafeninvestitionen des Landes in der jetzigen Legislaturperiode liegen sollen, die Seehafenstadt Cuxhaven mit keinem Wort erwähnt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält sie weiterhin daran fest, den Fischereistandort Cuxhaven zu erhalten?
2. Hält sie weiterhin daran fest, für die Seehafenstadt Cuxhaven ein Industrie- und Hafententwicklungskonzept vorzulegen und die darin enthaltenen Maßnahmen zur Entwicklung von Stadt und Hafen zu realisieren?
3. Welche konkreten Maßnahmen sind in der Regierungserklärung vom 22. Juni 1982 gemeint, wenn es dort u. a. heißt, daß es insbesondere darauf ankomme, die Unterelbe an das Autobahnnetz anzubinden? Welche räumliche Dimension wird dabei dem Begriff „Unterelbe“ zugemessen?

3. Abgeordnete
Dr. Riege,
Graeber
(SPD)

Verseuchung mit Salmonellen

Die Verseuchung von Lebensmitteln tierischer Herkunft durch Salmonellen nimmt in erschreckender Weise zu. Dies wurde kürzlich auch vom Niedersächsischen Sozialministerium bestätigt.

Nach einem Fernsehbericht sollen z. B. 60 % aller Tiefkühlhähnchen salmonellenverseucht sein. Auch Rind- und Schweinefleisch sollen durch verunreinigte Futtermittel infiziert sein.

Es ist erwiesen, daß Salmonellenvergiftungen durchaus schwerwiegende gesundheitliche Folgen nach sich ziehen; bei Kleinkindern und alten Menschen können sie sogar tödlich verlaufen.

Mit Hygiene-Appellen allein ist das Problem offensichtlich nicht wirksam zu bekämpfen; vielmehr müssen endlich die Ursachen beseitigt werden (verunreinigte Futtermittel, bestimmtes Kühlverfahren).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die Ausbreitung der Salmonellen zu bekämpfen?
2. Sind der Landesregierung kühltechnische oder andere Verfahren bekannt, durch die eine Salmonellenverbreitung verhindert wird, bzw. Futtermittel gereinigt werden können?

3. Trifft die Vermutung zu, daß das gesündere „Tunnel-Kühlverfahren“ (Kühlung durch kalte Luft) auch deshalb nicht angewandt wird, weil bei der vorherrschenden Eiswasserkühlung das Gewicht der Hähnchen um weitere 10—15 % durch die Aufnahme von Wasser gesteigert werden kann?

4. Abgeordneter
Wernstedt
(SPD)

Aufnahme von sogenannten Kann-Kindern in einen Schulkindergarten

Kinder, die zwischen dem 1. August (Schuljahresbeginn) und dem 31. Dezember geboren sind, gelten bei der Einschulung als „Kann-Kinder“. Ihre Einschulung ist nicht zwingend, sondern hängt, wenn die Schulreife besteht, von der Entscheidung der Eltern ab. Diesen „Kann-Kindern“ ist es nicht erlaubt, einen Schulkindergarten zu besuchen, in denen die Kinder durch bestimmte pädagogische Maßnahmen besonders gefördert werden.

Besonders für ausländische Kinder bedeutet dies eine spezifische Härte. Von Eltern türkischer Kann-Kinder bin ich darauf hingewiesen worden, daß der Besuch eines Schulkindergartens für ihre Kinder eine besondere sprachliche Förderung bedeuten würde. Die Chancen ihrer Kinder würden später in der Schule dadurch wesentlich verbessert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es möglich, den ausländischen „Kann-Kindern“ die Aufnahme in den Schulkindergarten zu ermöglichen?
2. Wenn ja, kann dies noch für das laufende Schuljahr geschehen?
Wenn nein, wie würde damit der erklärte Wille der Landesregierung übereinstimmen, eine möglichst optimale Förderung für ausländische Kinder zu garantieren?
3. Ist der Landesregierung bekannt, daß gerade türkische Eltern ihre Kinder häufig deswegen nicht in Kindergärten schicken, weil die konfessionellen Träger nicht gewollte Einflüsse befürchten?

5. Abgeordneter
Bruns (Emden)
(SPD)

Subventionen bei der Errichtung des Ferro-Werkes in Emden

In ihrer jüngsten Ausgabe behauptet die Zeitung „Metall“, daß die niedersächsische Staatskanzlei bei der Vergabe von 70 Millionen DM Zuschüssen und 200 Millionen DM Bürgschaften von Bund und Land zur Errichtung des „Ferro-Werkes“ in Emden den niedersächsischen Ministerpräsidenten durch eine

Stellungnahme vor dieser Betriebsansiedlung gewarnt habe, da das projektierte Werk aufgrund der zu erwartenden Marktlage nur mit großen Verlusten arbeiten könne. Die „Emder Zeitung“ zitiert in ihrer Ausgabe vom 12. 8. 1982 diese Stellungnahme der Staatskanzlei u. a. wie folgt: „Bei 704 000 Jato ... errechnet sich ein aufgelaufener Verlust für die Jahre 1980 bis 1984 von rund 60 Millionen DM. Einen derartigen Verlust werden die selbst angeschlagenen Anteilseigner kaum selbst verkraften können. Die Gefahr einer Investitionsruine ist damit gegeben.“ Von 1980 bis 1984 „ergeben sich Verluste von insgesamt 102 Millionen DM vor Steuern.“

Die „Ostfriesenzeitung“ zitiert in ihrer Ausgabe vom 13. August 1982 den Sprecher der Landesregierung mit dem Satz, daß es die „zitierten Protokolle nicht gebe. Das ist alles Unsinn, sagte von Poser wörtlich.“

Ich frage die Landesregierung:

Sind die Angaben der „Metall“ und der „Emder Zeitung“ über eine Stellungnahme der Staatskanzlei zur Ferro-Ansiedlung in Emden richtig, oder stimmt das Dementi des Sprechers der Landesregierung?

6. Abgeordneter
Bruns (Reinhausen)
(SPD)

Freiwillige Überprüfung von Pflanzenschutzgeräten

Das Bayerische Landwirtschaftsministerium ließ eine Meldung veröffentlichen, in der festgestellt wird, daß in diesem Jahr in Bayern bei der freiwilligen Pflanzenschutzgeräteprüfung 16 Prozent der vorhandenen Geräte überprüft worden seien und daß Bayern mit diesem Anteil die Spitze im Bundesgebiet einnehme.

Bei der Meldung wird hervorgehoben, daß diese freiwillige Aktion das ordnungsgemäße Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln mit voll funktionsfähigen Geräten zum Ziel habe.

Da es im Interesse des Natur- und Umweltschutzes dringend erforderlich ist, bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln äußerste Sorgfalt und Zurückhaltung aufzuwenden und die eingesetzten Pflanzenschutzgeräte regelmäßig auf ihre volle Funktionsfähigkeit zu überprüfen, erscheinen ein Anteil von nur 16 Prozent jährlich überprüfter Geräte und das gesamte freiwillige Verfahren unzureichend.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält sie es für ausreichend, wenn Pflanzenschutzgeräte lediglich aufgrund einer freiwilligen Aktion überprüft und wenn innerhalb einer solchen Aktion im besten Fall nur 16 Prozent der Geräte im Jahr erfaßt werden?

2. Wie wird das Verfahren in Niedersachsen gehandhabt, und wie hoch ist der Anteil der jährlich überprüften Geräte in unserem Land?
3. Welche Regelungen hält die Landesregierung für erforderlich, um in Zukunft eine ausreichende Überprüfung aller Pflanzenschutzgeräte und den sorgfältigen, zurückhaltenden Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sicherzustellen?

7. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD)

Eklatanter Anstieg von Verkehrsunfällen mit Schulbussen

Im Anschluß an meine mündliche Anfrage an die Landesregierung zur Verkehrsunsicherheit von Schulbussen (Landtagsdrucksache 9/3470, Frage Nr. 5) hat mir die Landesregierung schriftlich die Entwicklung der Unfallzahlen mit Beteiligung von Schulbussen für die Jahre 1980 und 1981 mitgeteilt.

Danach ist eine ungewöhnliche und in erschreckendem Maße steigende Zahl von Unfällen zu beklagen. Die Unfallzahlen sind danach innerhalb nur eines Jahres insgesamt um 28 % in die Höhe geschneit. 1981 sind darüber hinaus 6 Tote zu beklagen, während die Statistik für 1980 keine Todesfälle vermerkt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung mit mir der Meinung, daß diese Entwicklung absolut unerträglich ist und daß einschneidende Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den negativen Trend in der Unfallentwicklung schleunigst zu stoppen?
2. Was wird die Landesregierung — außer unangemeldeten Überprüfungen von Schulbussen — veranlassen, um die Verkehrssicherheit im Schulbusverkehr zu erhöhen?

8. Abgeordneter
Drechsler
(SPD)

Wirkungen des Tränengases CS

Nach einem Bericht in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 25. August 1982 ist am 27. Mai 1982 ein 19jähriger Polizeibeamter in einem Ricklinger Kiesteich ertrunken. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt der Untersuchungen, ob der Tod des Beamten möglicherweise auf Nachwirkungen des Tränengases CS zurückzuführen ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welches sind die Ursachen des Todes des Polizeibeamten gewesen? Hat das Ermittlungsverfahren Anhaltspunkte ergeben, daß Nachwirkungen des CS-Gases eine Rolle gespielt haben?

2. Ist es zutreffend, daß bei der Erprobung des Gases am 25. Mai 1982 auf dem Gelände der Landesbereitschaftspolizei der dabei anwesende und zwei Tage später ertrunkene Polizeibeamte über Atembeschwerden geklagt hat und zusammengebrochen ist?
3. Besteht Gewißheit, daß das Tränengas harmlos ist und keine schlimmen Nachwirkungen haben kann?

9. Abgeordnete
**Dreesmann,
Theilen**
(SPD)

Internat auf der Insel Wangerooge

Das Oldenburger Kinderkurheim auf der Insel Wangerooge ist zum 31. 7. 1982 geschlossen worden. Der Bezirksverband Oldenburg als bisheriger Träger ist jedoch bereit, das Heim zu einem Internat für Kinder, die durch Allergien, Asthma und psychosomatische Erkrankungen besonders belastet sind, umzubauen. In das Internat mit zunächst 24 Plätzen sollen Kinder vom ersten bis zehnten Schuljahr aufgenommen werden, die auf der Insel die vorhandenen öffentlichen Schulen besuchen können.

Bereits in einer Presseerklärung vom 3. 11. 1980 hat der Sozialminister seine Unterstützung für dieses Vorhaben in Aussicht gestellt, doch nunmehr droht das Projekt an der fehlenden Anerkennung als geeignete Einrichtung für Eingliederungshilfe nach dem BSHG zu scheitern.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist sie nach der zugesagten Prüfung nunmehr bereit, die fehlende Anerkennung auszusprechen?
2. Wenn nein, warum nicht?

10. Abgeordneter
Kastning
(SPD)

Novellierung des Bildungsurlaubsgesetzes

Seit nunmehr drei Jahren übt die Landesvereinigung der Niedersächsischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände mit wechselnden Argumenten Kritik am Niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetz. Bereits 1979 hatte sie Vorschläge zu einer Novellierung des Gesetzes unterbreitet, deren Verwirklichung zu einer deutlichen Einschränkung des Bildungsurlaubsanspruchs und der Entscheidungsfreiheit der Arbeitnehmer geführt hätten. Vor kurzem hat nun der Wirtschaftsrat der CDU Niedersachsen ebenfalls eine Novellierung gefordert. Darüber hinaus hat sein Vorsitzender, Dr. Rabbethge, geäußert, „eine stille Beerdigung dieses Gesetzes wäre für Niedersachsen eigentlich das Beste“ (Schaumburger Zeitung vom 25. 8. 1982).

Die Landesregierung hat sich in der Regierungserklärung vom 22. Juni 1982 zu den Zielen der Niedersächsischen Erwachsenenbildungs- und Bildungsurlaubsgesetze bekannt, jedoch „aus finanziellen und sachlichen Gründen gewisse Veränderungen an den bestehenden Gesetzen“ nicht ausgeschlossen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die öffentliche Äußerung des Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates Niedersachsen?
2. Falls die Landesregierung eine Novellierung der Gesetze beabsichtigt, in welcher Verfahrensweise und nach welchen Zeitvorstellungen soll dann das vom Minister für Wissenschaft und Kunst in Auftrag gegebene Gutachten zur Auswertung der Erfahrungen mit dem EBG sowie der Sachverstand des Landesausschusses für Erwachsenenbildung und der Träger der Erwachsenenbildung in die Vorbereitungen einbezogen werden?

11. Abgeordneter
Hildebrandt
(FDP)

Fischsterben im Raum Celle

Am 23. August 1982 kam es zu einem großen Fischsterben in der Aue und im Fuhsekanal im Raum Celle. Nach Berichten der Celler Zeitung vom 24. 8. 1982 ist dieses Fischsterben zum wiederholten Male vor allem in trockenen Sommern aufgetreten. Als Ursache wird das Ableiten von Schadstoffen aus Zuckerrübenfabriken im Raume Burgdorf, Lehrte und Celle vermutet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung die Ursachen des wiederholten Fischsterbens in der Aue und im Fuhsekanal bei Celle bekannt; wenn ja, welche Ursachen sind es?
2. Ist das bisher angewandte Instrumentarium rechtlicher Möglichkeiten zur Verhinderung des Fischsterbens ausgeschöpft?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, das Fischsterben zu verhindern?

12. Abgeordneter
Kreuzer
(SPD)

Profilierung des Staatssekretärs Haaßengier als „Fachmann auf dem Gebiet der Atompolitik“

Nach einem Beschluß des Landesministeriums soll die Abteilung V des Sozialministeriums zukünftig dem Ministerium für Bundesangelegenheiten angegliedert werden. Die Verlagerung der Zuständigkeit

für Kernenergie, Umweltschutz und Gewerbeaufsicht ließ der Staatssekretär im Ministerium für Bundesangelegenheiten, Dieter Haaßengier, in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 18. August 1982 damit begründen, daß sich Sozialminister Schnipkoweit „überlastet gefühlt“ habe. Nach dem Zeitungsbericht soll Haaßengier, der sich als „Fachmann auf dem Gebiet der Atompolitik“ beschreiben läßt, die neuen Aufgaben im Bundesratsministerium übernehmen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Durch welche Aktivitäten hat sich Staatssekretär Haaßengier als „Fachmann auf dem Gebiet der Atompolitik“ profiliert?
2. Wie begründet die Landesregierung die ungewöhnliche Regelung, daß nicht der Minister, sondern ein beamteter Staatssekretär die politische Verantwortung für die Bereiche Kernenergie und Umweltschutz übernehmen soll?
3. Will die Landesregierung mit ihrer Entscheidung nicht nur den Sozialminister entlasten, sondern auch einen offensiveren Kurs in der Kernenergiepolitik des Landes Niedersachsen einleiten?

13. Abgeordneter
Hirche
(FDP)

Französisch als erste Fremdsprache

In den vergangenen Jahren hat es wiederholt Vorstöße gegeben, auch in Niedersachsen neben Englisch und Latein Französisch als erste Fremdsprache einzuführen. Diese Bemühungen stützen sich insbesondere auf den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag und das Hamburger Abkommen der KMK. Mehrere Bundesländer, zuletzt Hamburg, haben auch die Genehmigung zur Errichtung zweisprachiger Gymnasien erteilt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist sie bereit, Anträge von Schulen oder Eltern, mit dem Schuljahr 1983/84 Französisch als erste Fremdsprache einzuführen, zu genehmigen?
2. Wird die Genehmigung von bestimmten örtlichen oder anderen Voraussetzungen abhängig gemacht, und wenn ja, von welchen?
3. Unter welchen Voraussetzungen ist die Landesregierung bereit, Anträge von Gymnasien, künftig als zweisprachige Schulen geführt zu werden, zu genehmigen?

14. Abgeordneter
Fischer (Buxtehude)
(FDP)

Kontakt von Beschuldigten zu ihrem Anwalt

Nach einem Bericht in der „Frankfurter Rundschau“ vom 4. 9. 1982 sollen niedersächsische Behörden entgegen den Bestimmungen der Strafprozeßordnung Beschuldigten Kontakt zum Anwalt verweigern. Innenminister Möcklinghoff soll aus „kriminaltaktischen Gründen“ die Verletzung der Rechte der Beschuldigten verteidigt haben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit ist der Bericht in der „Frankfurter Rundschau“ vom 4. 9. 1982 mit der Überschrift „Niedersachsen verweigert Beschuldigten Kontakt zum Anwalt“ zutreffend?
2. Wenn ja,
 - a) in wieviel Fällen sind beschuldigte Bürger aus kriminaltaktischen oder anderen Gründen bisher von niedersächsischen Behörden gehindert worden, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen in jeder Lage des Verfahrens Kontakt zu einem Anwalt aufzunehmen?
 - b) was gedenkt die Landesregierung zu tun, damit zukünftig sichergestellt wird, daß die Bestimmungen der Strafprozeßordnung von allen ihren Ministern respektiert und von den nachgeordneten Behörden auch strikt eingehalten und die Rechte der Beschuldigten nicht weiter eingeschränkt werden?

15. Abgeordneter
Jürgens
(FDP)

Arbeit des „Europa- und Deutschlandpolitischen Bildungsinstituts“ Duderstadt

Das „Europa- und Deutschlandpolitische Bildungsinstitut“ Duderstadt ist „die erste und bisher einzige Bildungseinrichtung in der Bundesrepublik Deutschland, die Europa und Deutschland in engem Verbund in ihrem Namen führt“. Das erklärte anlässlich der Einweihung des Instituts am 16. 4. 1982 der Minister für Bundesangelegenheiten, Herr Wilfried Hasselmann. Aufgabe des Instituts soll es nach einer recht allgemeinen Definition des Ministers sein, den Wechselwirkungen zwischen den beiden politischen Komplexen Deutschland und Europa nachzuspüren.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist die europapolitische Zielsetzung des Instituts konkret?
2. Welches Arbeitsprogramm hat das Institut für die kommenden Monate/Jahre aufgestellt?

16. Abgeordnete
Dr. Ahrens,
Aller,
Kaiser,
Kastning,
Möhrmann,
Wernstedt,
Zempel
(SPD)

3. Welche Maßnahmen plant das Institut, um bei den Bürgern Niedersachsens die Kenntnisse über Europa zu erweitern und ihr europäisches Bewußtsein zu stärken?

Anweisung der Bezirksregierung Braunschweig an ein Kollegium, so abzustimmen, wie es die Behörde für richtig hält

An der Fachoberschule Goslar sind bei der Abschlußprüfung im Sommer dieses Jahres 2 Schülerinnen bei dem Versuch erappt worden, sich mit sogenannten Schummelzetteln Vorteile während der Prüfung zu verschaffen. Nach entsprechender Überprüfung ist die Konferenz der Lehrkräfte zu der Auffassung gelangt, daß die Täuschungsversuche als leicht einzustufen seien und die Schülerinnen deswegen weiter an der Prüfung teilnehmen könnten. Nach Intervention des Schulleiters hat die Bezirksregierung Braunschweig die Konferenz angewiesen, sich der Rechtsauffassung der Regierung anzuschließen. Die nochmalige Abstimmung erfolgte geheim, weil die Lehrkräfte Repressionen befürchteten. Nachdem diese Abstimmung nicht das gewünschte Ergebnis zeitigte, sind die Konferenzteilnehmer einzeln und nacheinander von Vertretern der Bezirksregierung nach ihrem Verhalten in der Abstimmung befragt worden. Darüber sind offiziell Protokollnotizen angefertigt worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung das Vorgehen der Bezirksregierung für Rechtens insbesondere hinsichtlich der Vorschriften des Niedersächsischen Schulgesetzes über die pädagogische Freiheit (§ 35), und über die Selbständigkeit der einzelnen Schulen (§ 21) und über die Prinzipien der Aufsicht über die Schulen?
2. Warum hat die Bezirksregierung nicht von ihrem Recht Gebrauch gemacht, die Entscheidung ohne die Rückverweisung an die Schule an sich zu ziehen?
3. Wie will die Landesregierung künftig ähnliche Vorfälle verhindern, die das Vertrauen zwischen Lehrerschaft und Schulaufsicht nachhaltig beeinträchtigen?

17. Abgeordneter
Haubold
(Grüne)

Fehlinvestitionen bei Flurbereinigungsmaßnahmen

In letzter Zeit ist vermehrt kritisiert worden, daß es zu kostenintensiven Fehlinvestitionen im Zusam-

menhang mit Flurbereinigungsmaßnahmen gekommen sei. Insbesondere ist gerügt worden, daß Feldwege unnötig und überbreit ausgebaut, Entwässerungssysteme überdimensioniert sowie Gehölz unnötig beseitigt worden seien. Viele dieser Maßnahmen sind von den Eigentümern nicht gewünscht worden; sie stehen ferner zumeist Naturschutzinteressen entgegen. Diese Kritik richtet sich beispielsweise gegen die Flurbereinigungsmaßnahmen Gölenkamp und Rhede.

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft die Kritik an den Flurbereinigungsmaßnahmen Gölenkamp und Rhede zu? Sind der Landesregierung sonst Fehlinvestitionen der dergestalten Art bei Flurbereinigungsmaßnahmen bekannt geworden?
2. Ist die Landesregierung mit mir der Ansicht, daß offensichtliche Fehlbauten, wie die Schaffung später trockenliegender Gräben entlang Wegen in wasserdurchlässigem Sandboden zur Rückgewinnung ökologischer Kompensationsflächen (Wallhecken) wieder zugeschüttet werden sollten?
3. Wie sind Fehlinvestitionen der öffentlichen Hand mit dem Gebot der Sparsamkeit zu vereinbaren? Werden sie bei der Haushaltsaufsicht gerügt?

18. Abgeordneter
Dr. Rohloff
(Grüne)

Anbindung des Truppenübungsplatzes Garlstedt durch ein Anschlußgleis an das öffentliche Eisenbahnnetz (Panzertrasse)

Die geplante Panzertrasse hat den heftigen Widerstand der betroffenen Bevölkerung hervorgerufen.

Der Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck hat sich ebenfalls gegen die Panzertrasse ausgesprochen und plädiert für einen Transport der Panzer auf Tiefländern.

Die auch dem Minister des Innern vorliegenden Gutachten gehen davon aus, daß die geplante Trassenführung das Gebiet am stärksten zerstört und gegen die §§ 8—12 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes sowie gegen § 8 des Bundesnaturschutzgesetzes verstößt.

Beim 3. Anhörungstermin im Planfeststellungsverfahren waren 1000(!) Einwendungen der beunruhigten Bevölkerung eingegangen. Die Vermutung, daß es hier um etwas ganz anderes geht, nämlich um Abschußrampen für Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen, erhält neue Nahrung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde die Trasse A/A1 gewählt, die laut verschiedener Gutachten das betroffene Elmtal am stärksten zerstört, als da sind Zerschneidung eines Landschaftsschutzgebietes, Absenkung des Grundwassers im Quellgebiet der Aue und Hamme, Zerstörung von 24 Hektar z. T. jahrhundertealten Waldes?
2. Was für Gründe/Argumente haben dafür gesprochen, dem Beschluß des Rates der Stadt Osterholz-Scharmbeck vom 11. 2. 1982 nicht zu folgen, da die in Frage kommenden Brücken nachweislich fähig genug sind, die Panzer per Tieflader passieren zu lassen?
3. Ist es richtig, daß die geplante Trasse als Abschlußrampe für Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen dienen soll, da völlig ungeklärt ist, wer Antragsteller des Planfeststellungsverfahrens ist, wer die betroffenen Flächen erwerben soll, wer den Eisenbahnbetrieb auf der Strecke betreiben soll, ob (ggf. welche) Behörden des Bundes an dem Verfahren beteiligt (gewesen) sind oder noch beteiligt werden sollen, ob und mit welchem Ergebnis dem Planfeststellungsverfahren ein Verfahren nach dem LBG vorausgegangen ist (oder noch in Aussicht steht)?

19. Abgeordnete
Fruck, Frau Garbe,
Grösch,
Dr. Lippelt,
Mombaur
(Grüne)

Einsatz von Wasserwerfern bei Demonstrationen

Nach Augenzeugenberichten, die durch die Presse bestätigt wurden, sind bei den Demonstrationen in Gorleben am 4. 9. 1982 und in Uelzen am 5. 9. 1982 neuartige Wasserwerfer eingesetzt worden.

Diese Wasserwerfer arbeiten offensichtlich mit einem weitaus höheren Druck als die bisher eingesetzten. Sie sollen darüber hinaus aus kürzester Entfernung auf sitzende Demonstranten gespritzt haben.

Infolge des Wasserwerfereinsatzes ist es zu erheblichen Verletzungen gekommen (Unterleibsprellungen, Knochenbrüchen, Augenverletzungen). Spätfolgen sind insbesondere bei den inneren Verletzungen nicht auszuschließen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Für welchen Höchstdruck sind diese Wasserwerfer ausgelegt? Welche Mindestabstände sind bei den jeweiligen Druckstufen vorgesehen? Gibt es entsprechende Polizeidienstvorschriften über einzuhaltende Drücke/Abstände? Wie wird die Einhaltung dieser Vorschrift vor Ort gewährleistet?

2. Welche infolge des Wasserwerfereinsatzes aufgetretenen Verletzungen sind der Landesregierung bekannt (Anzahl der Betroffenen und Ausmaß der Verletzungen)?
3. Die Verordnung über die Anwendung unmittelbaren Zwanges durch die Verwaltungs- und Polizeibehörden unterscheidet zwischen Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt und Waffen, wobei dort Wasserwerfer als Hilfsmittel definiert sind.

Hält es die Landesregierung für möglich, daß durch stärkere technische Ausrüstung aus Wasserwerfern Waffen werden? Ab welcher Druckstärke wäre dies nach Ansicht der Landesregierung der Fall?

20. Abgeordneter
Meinsen
(Grüne)

Reinheitsgebot bei Bier

Bei der Herstellung von Bier hat sich ein Reinheitsgebot von mittelalterlicher Strenge erhalten, was sicher nicht zuletzt dem mehr oder weniger berechtigten Stolz meist männlicher Lokalpolitiker auf die Qualität des jeweils vor Ort erzeugten Bieres zu verdanken ist. Vor kurzem ist der niedersächsische Landwirtschaftsminister durch eine öffentlich geleistete Unterschrift auf einer Liste des Brauereiverbandes dem Ansinnen der EG entgegengetreten, auch in der Bundesrepublik Bier in den Handel zu bringen, das diesem Reinheitsgebot nicht entspricht, indem es zum Beispiel aus Reis hergestellt wird oder während der Produktion zur Schönung mit Fischleim versetzt wird. In weiten Bevölkerungskreisen macht Bier aber nur einen geringen Bestandteil der Nahrung aus, und ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Ging es ihr bei der geschilderten Aktion nur um die Unterstützung des deutschen Brauereiwesens, oder ist sie bereit, die Anwendung ähnlich strenger Reinheitsgebote auch in anderen Lebensmittelbereichen zu unterstützen, wo sie bisher nicht gewährleistet ist?
2. Wenn ja, ist die Landesregierung auch bereit, das Verbot von chlorierten Kohlenwasserstoffen als Insektizide zu unterstützen, um auch im Bereich der Muttermilch ähnlich große Reinheit zu ermöglichen wie bei Bier?

21. Abgeordneter
Neese
(SPD)

Beschaffenheit des Rotschlammes

Bei der Aluminiumerzeugung fällt als Abfallprodukt in großen Mengen Rotschlamm an. Die Aluminium Oxid Stade beschreibt in einer kürzlich veröffentlichten Broschüre Rotschlamm so: „Rotschlamm stellt

keine Umweltgefährdung dar. Die Bestandteile sind ungiftig und, abgesehen von seinem geringen Alkaligehalt, praktisch wasserunlöslich.“ In den „Statistischen Monatsheften Niedersachen“ Nr. 2/82 wird die Beschaffenheit des Rotschlammes wie folgt beschrieben: „Im wesentlichen stellt die Beseitigung des Rotschlammes ein Mengenproblem dar. Da er ungiftig ist, lassen sich die mit der Ablagerung verbundenen Umweltbeeinträchtigungen in vertretbaren Grenzen halten.“ Die Zeitschrift „Stern“ Nr. 19 vom 6. Mai 1982 berichtet über die Industrieansiedlung in Stade-Bützfleth mit der Überschrift „Die Idylle auf dem Pulverfaß“. In diesem Bericht wird zur Beschaffenheit des Rotschlammes Stellung genommen: „Auf einem 110 ha großen Gelände deponiert die Aluminiumhütte VAW schwermetallhaltigen, giftigen Rotschlamm, der alle Vegetation vernichtet“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Stimmen die Angaben des „Stern“, daß der Rotschlamm schwermetallhaltig und giftig ist?
2. Wenn ja, welche Schwermetalle und Gifte sind in welcher Größenordnung im Rotschlamm enthalten?
3. Wenn nein, was wird die Landesregierung unternehmen, um die im „Stern“-Bericht enthaltenen Behauptungen richtig zu stellen?

22. Abgeordneter
Wernstedt
(SPD)

Arbeiterlied „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ in der Schule

Von einer Lehrerin bin ich gefragt worden, ob es erlaubt sei, in der Schule das Arbeiterlied „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ lernen und singen zu lassen.

Ich habe ihr geantwortet, daß dieses Lied auf der Grundlage und in der Tradition der sozialen Freiheitsbewegungen (Bildungsauftrag nach § 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes) stehe, heute noch bei den Gewerkschaften gepflegt werde und selbstverständlich auch in der Schule gelernt und gesungen werden dürfe.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt sie meine Auffassung zu dieser Frage?
2. Wenn nein, warum nicht?

23. Abgeordneter
Bruns (Emden)
(SPD)

Auflösung des Maschinenhofes Misburg

Nach unseren Informationen hat der niedersächsische Landwirtschaftsminister angeordnet, den Maschinenhof der Landesforstverwaltung aufzulösen. Der Maschinenhof ist zuständig für den zentralen Einsatz von schweren Maschinen in den Landesforsten. Nach Aussagen des Personalrates hat der Maschinenhof in den letzten Jahren ohne Zuschuß gearbeitet. Auch die Treuarbeit AG hat in ihrem Bericht über die Organisation und Wirtschaftlichkeit der niedersächsischen Landesforstverwaltung keine Umorganisation oder etwa die Auflösung des Maschinenhofes vorgeschlagen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die beabsichtigte Auflösung eine Maßnahme im Privatisierungskonzept der Landesregierung?
2. Kann die Landesregierung die von ihr behauptete Unwirtschaftlichkeit des Maschinenhofes belegen?